1

Nicht wahr, Herr Leber:

Mit Verboten und Bluff löst man keine Verkehrsprobleme!

Oder glauben Sie etwa selbst, daß Sie in Ihrer ‚Regierungszeit' besonders erfolgreich gearbeitet haben?

Was uns an Ihnen gefällt: Sie reden nicht nur. Sie packen auch zu. Nur in der Wahl Ihrer Mittel hatten Sie wenig Glück.

Was wollten Sie denn erreichen?

Sie wollten die Bundesbahn sanieren. Sie wollten den Verkehrsfluß auf den Straßen verbessern. Gut so. Das wollen wir alle. Aber wie sieht die Wirklichkeit aus?

An beiden Zielen vorbeigeschossen!

Nur ein paar Punkte unter die Lupe genommen:

- Insgesamt 3,3 Milliarden DM mußte der Steuerzahler 1968 für die Bundesbahn aufbringen. Das sind 300 Millionen DM mehr als im Jahre 1967. 10 Millionen an jedem Arbeitstag. Auch 1969 wird das leider — trotz Vollbeschäftigung — so bleiben. (Quelle: Finanzberichte des Bundesfinanzministeriums)
  Also: Glatter Mißerfolg!
- 1968 erhöhte sich die Verkehrsleistung der Deutschen Bundesbahn (nach beförderten Tonnen) um 8,3%. Als Folge des wirtschaftlichen Aufschwungs. Erstaunlicherweise verbuchen Sie das als Ihren Erfolg. Aber im gleichen Zeitraum nahm der von Ihnen bekämpfte Güterfernverkehr um 9,7%, der Werkfernverkehr sogar um 15% zu.
  Also: Kein Erfolg Ihrer Politik!
- Alle Ihre Angriffe gegen die ‚dicken Brummer' waren Spiegelfechterei. Denn selbst ein völliges Verbot der Fernlaster hätte die Straßen kaum entlastet. Sie kennen den Grund genau: Nur 0,17% aller Kraftfahrzeuge sind ‚dicke Brummer' des gewerblichen Güterfernverkehrs — nur 25 000 Lkw von 15 Millionen Kraftfahrzeugen insgesamt! Zugegeben: Ein Fernlastzug fährt durchschnittlich sechsmal mehr als ein Pkw. Selbst dann kommen aber auf 1 000 Kraftfahrzeuge nur 12 Lkw des gewerblichen Güterfernverkehrs.
  Also: Erfolg von vornherein ausgeschlossen!

Hand aufs Herz, Herr Leber:

Sie wissen doch selbst, daß nur rationale, auf die Bedürfnisse der Wirtschaft abgestellte Entscheidungen zum Erfolg führen können. Eine gefühlsbetonte, auf äußere Wirkung und Stimmenfang ausgerichtete Verkehrspolitik ist zum Scheitern verurteilt.
Deshalb blieb Ihnen der Erfolg versagt. Zum Schaden der Wirtschaft. Zum Schaden der Verbraucher. Zum Schaden der Steuerzahler.

fern schnell gut GÜTERFERNVERKEHR

Die selbständigen Transportunternehmer und Kraftwagenspediteure im Güterfernverkehr, BDF, 6 Frankfurt am Main 93, Postfach

Auch Françoise Hardy wird von „Starmacher" Beierlein betreut
Foto: H.-G. KIESEL

Top-Stars sind seine Schützlinge

Hans Beierlein kümmert sich um alles

Von unserem Redaktionsmitglied
Horst Lietzberg

Hamburg, 10. September

Musik wird's immer geben!" sagte vor sieben Jahren Hans R. Beierlein und verabschiedete sich vom deutschen Filmjournalismus. Mit dem Instinkt eines amerikanischen Businessman richtete er seine scharfen Kontaktaugen auf das Showgeschäft. Heute ist der 39jährige Nürnberger — er wohnt seit 15 Jahren in München — einer der Großen seiner Branche.

An den Fäden, die er in der Hand hält, hängen Topstars wie Françoise Hardy, Udo Jürgens, Gilbert Becaud und Adamo. Auch die kürzlich tödlich verunglückte Alexandra gehörte dazu. „Es gibt kaum jemanden im Showgeschäft mit großem Namen, der sich noch nicht bemüht hat, von mir betreut zu werden. Aber mir genügen fünf bis sechs Schützlinge", sagte der clevere Strippenzieher. „Alle kamen sie bisher zu mir. Nur zu Alexandra bin ich gegangen und habe sie geholt. Ihr Talent war bestechend."

Beierlein kennt keine Noten und versteht nichts von Musik. „Ich habe mit allen ein Agreement: Ich singe nicht, und meine Stars mischen sich nicht in geschäftliche Dinge. Damit bin ich bisher hervorragend gefahren", sagt er. Diese Abkommen haben natürlich eine vertragliche Basis. Wer zu Beierlein kommt, verschreibt sich ihm mit Haut und Haaren.

Seine Gegenleistung: Er kümmert sich um alles. Ein Beispiel ist Udo Jürgens. Welchen Haarschnitt er sich von welchem Friseur schneiden läßt, rät ihm sein Manager, der zugleich sein Freund ist. Gesangsstar Udo braucht sich auch keine Sorgen zu machen, daß ihm das Finanzamt zu viel abknöpft, und er bekommt Anwälte gestellt, wann immer er sie braucht.

„Die absolute Betreuung ist neu in der Musik und ein Teil meines Erfolges", meint Beierlein. „Bei mir hat ein Sänger zu singen. Alles andere nehme ich ihm ab." Diese Freiheit von den Belastungen des täglichen Lebens kostet natürlich Prozente. Wie viel, sagt der Starmacher nicht. Seine Antwort: „Ihnen bleibt so viel, daß sie nicht traurig sind. Denn traurige Sänger singen nicht gut."

Mit der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung, der laut Gesetz jede Künstlervermittlung zusteht, kommt der Erfolgsmanager gut aus. „Ich halte dieses staatliche Monopol für falsch und rückständig. Aber mich läßt man in Ruhe, weil die Beamten von dem, was wir machen, meist nichts verstehen."

Der „Mann mit dem guten Riecher" hat 20 Mitarbeiter und viel Geld. „Allein die Vorbereitung der Udo-Jürgens-Tournee kostete eine siebenstellige Zahl", sagt er. „An Saalmieten in den 150 Städten, in denen Udo singt, müssen zwischen 500 und 5000 DM gezahlt werden." Aber das Vielfache hofft Beierlein wieder hereinzuholen. Schon bei Langspielplatten wird nach einer solchen Tournee mit einem Mehrverkauf von mindestens 500 000 Stück gerechnet.

Erfolgsmanager Hans R. Beierlein

Hans R. Beierlein, der am Schliersee ein Landhaus und in der Garage einen Mercedes 300 SE mit Telefon hat, spricht nicht gern über Geld. Seine Devise: „Alle reden vom Geld. Wir nicht. Wir nämlich werden es verdienen!"

Daß zwei erfolgreiche Konzert-Agenten das Risiko dieser Mammut-Tournee nicht übernehmen wollten, störte ihn wenig. Er stellte den einen kurzerhand als seinen Mitarbeiter ein und sicherte sich dadurch die großen Erfahrungen dieses Mannes.

Graf Rosen fliegt wieder für Biafra

Deutsche Presse-Agentur

Stockholm, 10. September

Der schwedische Flugkapitän Graf Carl Gustaf von Rosen ist wieder in Biafra. Mit schwedischen Piloten und 19 zu „Bombern" umgebauten einmotorigen Flugzeugen soll er schon Angriffe auf Stellungen und Industrieanlagen in Nigeria geflogen haben. Das meldet in großer Aufmachung der Stockholmer „Expressen".

Der Graf kämpfe aus ideellen Gründen, heißt es in der Zeitung. Er war schon einmal in Biafra gewesen, hatte dann aber auf Druck seiner Regierung das Land wieder verlassen müssen. Das neutrale Schweden hatte auch ein Ausfuhrverbot für Flugzeuge erlassen. Rosen ist es aber gelungen, die Maschinen doch herauszubringen.

Ende November nach Moskau

Eigener Bericht

k.k. **Hamburg**, 10. September

Ende November will eine fünfköpfige Delegation des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zu den geplanten Gesprächen mit den Gewerkschaften der Sowjetunion nach Moskau reisen.

Wie der DGB-Vorsitzende Vetter in Hamburg mitteilte, werden der Abordnung drei Vorsitzende von Industriegewerkschaften und zwei Mitglieder des DGB-Bundesvorstandes angehören. Die Namen der Delegationsmitglieder stünden noch nicht fest. Mit diesen Gesprächen soll der Kontakt zu den osteuropäischen Gewerkschaften wiederaufgenommen werden, der nach dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei unterbrochen worden war. Für den Gedankenaustausch steht nach den Worten Vetters ein ganzer Katalog von Fragen bereit, der vom Arbeitsrecht bis zum Arbeitsschutz reicht.

Auflösung des AStA in Hamburg?

Eigener Bericht

U. W. **Hamburg**, 10. September

Sind auch in Hamburg die Tage des AStA der Universität gezählt? Gleich nach den Parlamentsferien werden sich die Parteien mit der Frage befassen müssen, ob die Studentenschaft als Zwangskörperschaft erhalten bleiben oder aufgelöst werden soll.

In einem Brief an die drei Fraktionen hat Rektor Prof. Dr. Werner Ehrlicher gebeten, „das offen zutage liegende Problem nicht vor sich herzuschieben". In der ersten Oktober-Sitzung der Bürgerschaft will die CDU mit einer großen Anfrage den Stein ins Rollen bringen. Wie berichtet, gibt es in Berlin keinen AStA mehr.

Zu Beginn des Wintersemesters werden Hamburgs Studenten in ihren Belangen durch zwei Institutionen vertreten sein: durch das Universitätskonzil, wo sie mit 40 Sitzen die Drittelpartität haben, und durch das Studentenparlament, das aus 80 Studenten besteht, von denen jeweils die Hälfte pro Semester neu gewählt werden muß. „Diese Situation", erklärt Rektor Ehrlicher, „wird zwangsläufig zu neuen Schwierigkeiten in der akademischen Selbstverwaltung führen."

Beide studentischen Gremien sind rechtmäßig gewählt. Beide können sich als demokratische Vertretung der Studentenschaft betrachten. Aber beide Vertretungsorgane haben zur Zeit in Hamburg voneinander abweichende Auffassungen. Die Kluft geht so weit, daß der AStA der Universität zum Boykott der Konzilswahl aufgerufen hatte. Der Rektor befürchtet, daß die beiden in Opposition zueinander stehenden Studentengruppen eine offene Kampfstimmung entwickeln könnten.

Zur Frage AStA oder Konzil betont Dr. Winfried Döbertin, SPD, daß in der SPD-Fraktion der Bürgerschaft zur Zeit noch kein einheitliches Meinungsbild bestehe. Er selbst sei jedoch für die Abschaffung der Zwangskörperschaft, da seiner Meinung nach die Belange der Studentenschaft im Konzil ausreichend wahrgenommen werden könnten.

Horst Schröder von der CDU erklärt, daß seine Partei die Abschaffung des Rechtsstatus der Studentenschaft als Zwangskörperschaft fordere, da eine „integrierte und keine isolierte Studentenvertretung die eigentlichen Aufgaben der Studentenschaft wahrnehmen solle".

Die FDP meint, wie Reinhard Philipp erklärt, daß „bei einer in die Organe der Universität integrierten Mitwirkung der Studenten eine Existenzberechtigung der Studentenschaft als Zwangskörperschaft nicht besteht".

Die Studentin Ursula Hempel, jetzt im Universitätskonzil, sagt: „Eine Körperschaft mit Zwangscharakter birgt die Gefahr der unpolitischen oder politisch indifferenten Haltung in sich. Der Auflösungsprozeß der Zwangskörperschaft kann sich nur heilend auf das hochschulpolitische Interesse und Engagement der Studenten auswirken und die Bereitschaft zur fachlichen und politischen Arbeit innerhalb sich freiwillig konstituierender Gruppen, wie Fachbereiche, fördern."

Der Allgemeine Studentenausschuß der Universität weist darauf hin, daß bei den letzten Studentenparlamentswahlen eine Beteiligung von 52 Prozent zu verzeichnen war. Er folgert daraus, daß sich also der größte Teil der Studentenschaft für die verfassende Studentenschaft und ihre Organe Studentenparlament und AStA entschied. Da bei den Konzilswahlen nur eine studentische Beteiligung von 28,5 Prozent vorhanden war, hat, so der AStA, „die Studentenschaft klar zu erkennen gegeben, daß sie auf der bisherigen Organisationsform ihrer Interessenvertretung besteht".

Schütz: „Man klopfte mir auf die Schulter"

Von unserer Berliner Redaktion
wy. **Berlin**, 10. September

„Spätestens auf dem nächsten Parteitag der SPD" werde die von ihm vertretene Anerkennung der Realitäten in der Frage der Grenze zwischen Polen und Deutschland zum „Allgemeingut". Diese Ansicht vertrat der Regierende Berliner Bürgermeister Schütz in einem Gespräch, über das die heutige „Berliner Morgenpost" berichtet.

Erst am vergangenen Sonntag hatte Schütz erneut gesagt, die Oder-Neiße-Grenze sei genauso „eine Realität wie die Existenz West-Berlins und wohl auch der DDR". Im übrigen wird diese Frage nach der Auffassung des Bürgermeisters in der deutschen Politik gar nicht so unterschiedlich beurteilt. Mancher Politiker der CDU/CSU, so erklärte Schütz weiter, habe ihm in den letzten Tagen „auf die Schulter geklopft" und ihm bestätigend gesagt, er solle seinen Weg unbeirrt fortsetzen.

Rauchschwaden ziehen durch die Straßen von Caserta. Wütende Fußballfans haben Brände gelegt. Hier versuchen sie mit Molotow-Cocktails den Bahnhof der italienischen Stadt zu stürmen. Foto: UPI

In Caserta wüten die Fußballfans

Blutige Straßenschlachten bis zum Morgengrauen / Geschäfte geschlossen

sad - dpa - upi

Caserta, 10. September

In Caserta brodelt es. Bis in den heutigen Morgen hinein haben im Zentrum der 40 000 Einwohner zählenden italienischen Stadt Tausende von wütenden Fußballfans der Polizei blutige Straßenschlachten geliefert. Dabei wurden mehr als 70 Demonstranten und Polizisten verletzt. Rund 150 Personen wurden verhaftet. Die angerichteten Schäden belaufen sich auf mehr als 6,4 Mill. DM.

Der Fußball-„Aufstand" von Caserta war am Montag entflammt, weil der örtliche Fußballverein trotz ausreichender Punktzahl nicht in die B-Liga aufsteigen konnte. Der Verein hatte sechs Strafpunkte erhalten, weil ein Spieler einen Bestechungsversuch gemacht haben soll. Er kam in eine psychiatrische Klinik.

Seitdem herrschen in der Stadt bürgerkriegsähnliche Zustände. Tausende von Demonstranten tobten in den Straßen, setzten Autos in Brand, bauten Straßenbarrikaden auf und blockierten die Bahnlinien. In vielen Stadtteilen fielen Wasser- und Stromversorgung aus. Viele Bewohner der Innenstadt flüchteten aus Furcht vor den Demonstranten aus ihren Wohnungen. Behörden, Geschäfte, Fabriken und Schulen blieben am Dienstag geschlossen. In Neapel ließ man gestern keine Züge mehr in Richtung Caserta abfahren.

Der verstärkte Polizeieinsatz hat die Gemüter der Vereinsanhänger des FC Caserta nicht abkühlen lassen. Ihre Parole: „Wir kämpfen solange, bis unser Verein wieder in der Regionalliga spielt."

Hamburger Abendblatt

Verlag, Redaktion: 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6, Geschäftsstellen: 2000 Hbg. 36, Gänsemarkt 53, u. 2 Hbg. 1, Mönckebergstr. 5, Telegr.: Abendblatt. Fernschreiber-Sammel-Nr. 02-11 898. Berliner Redaktion: Kochstr. 50, Tel. 1911475. Bonner Red.: An der Hausallee 2–10, Haus VII, Tel. 22 61 81. Frankfurter Red.: Frankenallee 71/81, Tel. 238434. Verlag u. Druck: Axel Springer & Sohn, Hamburg. Erscheint 6mal wöchentlich werktags. Inlandspreise: Frei Haus monatlich 6,20 DM (einschl. 32,3 Pf Mehrwertsteuer und 1,50 DM Zustellkosten). Selbstabholung 5,30 DM (einschl. 27,6 Pf Mehrwertsteuer). Postbezug 6,50 DM (einschl. 33,9 Pf Mehrwertsteuer und 2,57 DM Postvertriebsgebühren). Das Bezugsgeld ist zu Beginn des Liefermonats zahlbar. Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages oder bei höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Anzeigenpreisliste Nr. 24. — Postscheckkonto: Vertrieb u. Abonn. Hamburg 3264, Anz. Hamburg 1 42 00.

Telefon 34 91 91